

NACHRICHTEN

Untersuchung von Exekutionen

STRASSBURG: Der Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, Lord Russell-Johnston, hat die sofortige Untersuchung angeblicher Exekutionen von tschetschenischen Zivilisten durch russische Soldaten gefordert. «Uns liegen alarmierende Berichte aus glaubwürdiger Quelle vor, dass mindestens 38 Zivilisten hingerichtet wurden», hiess es einer am Freitag in Strassburg veröffentlichten Erklärung Russell-Johnstons. Ferner sei von Gewalt, Plünderungen und Zerstörung zivilen Eigentums und Häusern durch russisches Militär die Rede. Die russischen Behörden wurden aufgefordert, die Übeltäter vor Gericht zu stellen und weitere Übergriffe zu verhindern. Erst vor zwei Wochen hatte die Parlamentarische Versammlung des Europarates Russland zur strikten Einhaltung der Menschenrechte gegenüber der Zivilbevölkerung in Tschetschenien aufgefordert.

Maschadow erklärt Russen Guerillakrieg

MOSKAU: Mit pausenlosen Luftangriffen und Dauerfeuer der Artillerie hat die russische Armee am Freitag offenbar ihre Schlussoffensive gegen Tschetschenien vorbereitet. Der tschetschenische Präsident Aslan Maschadow seinerseits erklärte den russischen Truppen den landesweiten Guerillakrieg. Die Russen würden künftig von den Rebellen überall angegriffen, «in den Bergen, in der Ebene und in jedem Dorf der Republik», drohte Maschadow am Freitag im russischen Privatsender NTW. Ein Kreml-Sprecher bezeichnete die Ankündigung als Propaganda. «Je mehr Kämpfer die Rebellen verlieren, umso mehr Dampf lassen sie im Propagandakrieg ab», sagte in Moskau der für Tschetschenien-Informationen zuständige Sprecher des Kreml, Sergej Jastrschemski. Zur Vorbereitung der angekündigten Schlussoffensive der russischen Armee verstärkte die russische Luftwaffe ihre Angriffe gegen die Stellungen der Rebellen im Süden der Kaukasus-Republik. Nach Angaben des russischen Generalstabs flog die Luftwaffe innerhalb von 24 Stunden rund 160 Bomben- und Raketenangriffe gegen Stützpunkte der Rebellen im Argun-Flusstal und bei Wedeno. Dabei wurden erneut 1,5-Tonnen-Bomben von grosser Zerstörungskraft eingesetzt, so genannte Vakuum-Bomben. Auch Artillerie kam verstärkt zum Einsatz. Grössere Einsätze von Bodentruppen wurden nicht gemeldet. Das staatliche russische Fernsehen bezifferte die Zahl der in der Gebirgsregion seit Donnerstag getöteten Rebellen auf 160. Zu den russischen Verlusten wurden keine genauen Angaben gemacht.

Schlechte Noten für Kosovo-Einsatz

GENÈVE: Das UNO-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) hat sich für seine Arbeit zur Bewältigung des Massenexodus aus dem Kosovo selbst ein schlechtes Zeugnis ausgestellt. Ein am Freitag in Genf veröffentlichter Bericht unabhängiger Experten, den das UNHCR in Auftrag gegeben hatte, beklagt erhebliche Verzögerungen bei der Entsendung von Notfall-Teams in die Region. Auch seien die UNHCR-Lagerbestände der wichtigsten Hilfsgüter zu niedrig und die entsandten Helfer zu wenig erfahren gewesen. Mangelhaft waren nach Einschätzung der Experten im vergangenen Frühjahr auch die diplomatischen Initiativen der UNHCR-Führung zur Bewältigung der Flüchtlingsproblematik in Mazedonien, Albanien und der serbischen Teilrepublik Montenegro. Vor Ort sei zudem oft unklar gewesen, wer die Verantwortung für die Sicherheit der Flüchtlinge und die Verteilung von Hilfsgütern trug. In ihrem Bericht kommen die Experten zum Schluss, dass die Glaubwürdigkeit der Organisation durch ihre in der Kosovo-Krise demonstrierten Schwächen deutlich gelitten habe. Die Kosovo-Flüchtlinge seien aber, angesichts des historischen Ausmasses der Krise, im Grossen und Ganzen nicht schlecht versorgt worden. Auch habe das UNHCR in einem extrem schwierigen Umfeld agieren müssen, da viele Staaten und private Organisationen nicht bereit gewesen seien, aktiv mit der UNO-Organisation zusammenzuarbeiten. Um der eigenen Hilfe mehr Publizität zu verschaffen, hätten viele europäische Staaten Hilfsgelder lieber direkt ausgegeben, anstatt ihre Massnahmen mit den Vereinten Nationen zu koordinieren. So seien etwa nur 3,5 Prozent der Beiträge der sechs wichtigsten EU-Geberländer an das UNHCR geflossen.

LONDON: Die britische Regierung hat am Freitagabend wieder die Direktherrschaft über Nordirland übernommen. Damit sind die Vollmachten der erst vor zwei Monaten geschaffenen Nordirland-Institutionen aufgehoben.

Sie begründete den drastischen Schritt mit der Weigerung der Untergrundorganisation IRA, ihre Waffen- und Sprengstofflager aufzulösen. In London verlautete, es handle sich um eine Aussetzung der Regierungsgewalt, nicht um deren Annullierung.

Nordirland-Minister Peter Mandelson sagte am Freitagabend in Belfast: «Ich bedaure, diesen Schritt tun zu müssen. Aber wir müssen in der Frage der Waffen ein für alle Mal Klarheit schaffen.» Die Regierung in London äusserte zugleich die Hoffnung, dass es in den kommenden Tagen doch noch eine Einigung geben werde.

Adams kündigte IRA-Vorschlag an

Wenige Minuten vor der Ankündigung hatte der Sinn Fein-Vorsitzende Gerry Adams versucht, die Krise abzuwenden. Die IRA habe sich bereit erklärt, ihre Vorstellungen über eine Entwaffnung vorzulegen, teilte Adams mit. Dabei wurde nicht deutlich, ob es sich um einen Zeitplan oder um eine allgemeine Verpflichtung handelte. Adams bezeichnete den Vorschlag der IRA als einen «wichtigen Durchbruch». Mandelson sagte dazu, er kenne die Einzelheiten des Vorschlags nicht. Falls er aber so gut sei, wie einige sagten, könne er als Grundlage dafür dienen, das Problem «ein für alle mal» und «sehr schnell» zu lösen. Der Vorsitzende der unabhän-



Protestantenführer David Trimble, der die erste gemeinsame protestantisch-katholische Regierung (Exekutivrat) von Nordirland anführte, bedauerte die Suspendierung. «Es macht mir keine Freude», sagte er.

gigen Abrüstungskommission, John de Chastelain, bestätigte am Abend jedoch, dass die IRA bisher keinen Hinweis auf einen Beginn der Waffenübergabe gegeben habe.

Trimble bedauert

Auch Protestantenführer David Trimble, der die erste gemeinsame protestantisch-katholische Regierung (Exekutivrat) von Nordirland anführte, bedauerte die Suspendierung. «Es macht mir keine Freude», sagte er. Andererseits sei es ihm unmöglich, weiterhin zwei Sinn Fein-Minister in seiner Regierung zu haben, während «Privatarmeen und Waffenlager» weiter bestehen. Die Partei Sinn Fein gilt als politischer Arm der IRA.

Trimble hatte seiner Partei versprochen, von seinem Amt zurückzutreten, falls nicht bis Ende Januar Fortschritte bei der Entwaffnung der IRA und anderer paramilitärischer Gruppen erzielt würden. Der Parteirat seiner Ulster Unionist Party (UUP) hat für diesen Samstag eine Sitzung einberufen, auf der über Trimbles Zukunft abgestimmt werden sollte.

Hektische Bemühungen ohne Erfolg

Nicht zuletzt um Trimble zu retten und zugleich den völligen Zusammenbruch der Nordirland-Regierung zu verhindern, hatte Mandelson vor einer Woche mit der Aussetzung der Selbstverwaltung ge-

droht. Hektische Bemühungen, den Friedensprozess zu retten, blieben ohne Erfolg.

Mit einem Vier-Punkte-Plan, der weitgehende Zugeständnisse für die katholische Seite enthält, versuchten die britische und die irische Regierung, die Zustimmung der IRA in buchstäblich letzter Minute noch zu bekommen.

Die Regierung von Irland, die Sozialdemokraten in Nordirland und Sinn Fein hatten mehrfach vor einer Suspendierung gewarnt. Nach ihrer Ansicht wird es schwierig sein, die Institutionen wieder einzusetzen. Die Suspendierung der Institutionen ist nach dem Friedensabkommen möglich, wenn einer der Unterzeichner «in Verzug» gerät.

Ministerin isoliert

Österreich-Streit prägt EU-Ministertreffen

LISSABON/BRÜSSEL: Der Streit um die neue Regierung Österreichs prägt die ersten EU-Ministertreffen nach der Regierungsbildung in Wien. In Lissabon blieb am Freitag die österreichische Ministerin Elisabeth Sickl praktisch isoliert.

Bei der Zusammenkunft der Arbeits- und Sozialminister der Europäischen Union (EU) in Lissabon handelte es sich zwar nur um eine informelle Begegnung. Indes war es das erste Ministertreffen seit dem Einzug der rechtspopulistischen FPÖ in die österreichische Regierung und den Sanktionsdrohungen der übrigen 14 EU-Staaten.

Frankreich und Belgien voran

Dabei wurden die Drohungen zur politischen Ausgrenzung Österreichs unterschiedlich wahr gemacht. Die Ministerinnen Frankreichs und Belgiens, Martine Aubrey und Laurette Onkelinx, boykottierten die Rede ihrer österreichischen Kollegin Elisabeth Sickl von der FPÖ und verliessen den Saal. Andere Minister folgten laut diplomatischen Kreisen diesem Schritt offenbar nicht. Gestrichen worden war indes bereits das touristische Begleitprogramm und das «Familienfoto». Frankreich und Belgien hatten schon am Treffen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) am Donnerstag in Wien die Rede der Aussenministerin Österreichs, Benita Ferrero-Waldner, boykottiert.

Weiterer Test am Montag

Ein weiterer Test steht am kommenden Montag an, wenn sich in

Brüssel die EU-Aussenminister treffen. Ferrero-Waldner will dabei gegen die harte Haltung ihrer EU-Kollegen angehen: Beim Mittagessen will die ÖVP-Politikerin eine Erklärung abgeben, wie der österreichische EU-Botschafter in Brüssel im Vorfeld sagte. Dabei werde sie darlegen, dass Österreich «in der EU weiterhin konstruktiv mitarbeiten» werde; Wien erwartet aber, dass ihm dazu auch die Möglichkeit gegeben wird. Der portugiesische EU-Vorsitz will nach eigenen Angaben darauf antworten. Laut diplomatischen Kreisen ist indes nicht sicher, ob ihm auch andere Staaten folgen. «Nicht mehr wie früher» sind etwa die Beziehungen zwischen Frankreich und Österreich, wie Diplomaten in Brüssel sagten; dies ungeachtet, ob es sich auf österreichischer Seite um FPÖ- oder ÖVP-Politiker handelt. Andere Länder wie Deutschland oder Grossbritannien sehen dagegen für Montag kein besonderes Verhalten vor.

Haider kommt nach Brüssel

An ihrem Treffen wollen die Aussenminister der EU formell den Startschuss für die Regierungskonferenz geben, die die institutionellen Reformen erarbeiten soll, mit denen sich die EU zur geplanten Erweiterung bereit machen will. Ebenfalls offiziell eröffnet werden die Beitrittsverhandlungen mit sechs neuen Kandidaten.

Nach Brüssel kommt am nächsten Donnerstag zudem FPÖ-Chef Jörg Haider: Er vertritt als Regierungschef Kärnten beim Komitee der Regionen der EU.

Klestil in München

Österreich und Bayern setzen auf Schulterchluss



Thomas Klestil traf Edmund Stoiber in München.

MÜNCHEN: Bei einem offiziellen Besuch in München haben der österreichische Bundespräsident Thomas Klestil und der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber die gute Nachbarschaft beider Länder bekräftigt.

Klestil appellierte an die EU-Partner, der umstrittenen Koalition von konservativer ÖVP und rechtsgerichteter FPÖ eine Chance zu geben. Die Regierungsarbeit dürfe nicht von vornherein mit Vorurteilen belastet werden, sagte er am Freitag nach seinem Eintrag ins Gästebuch der bayerischen Staatsregierung.

Stoiber nannte die Massnahmen der 14 anderen EU-Länder gegenüber Österreich «völlig überzogen». Die deutsche Regierung

aus Sozialdemokraten und Grünen rief der Vorsitzenden der bayerischen Christlichen Sozialen Union (CSU) Stoiber zu einem Kurswechsel auf.

«Gerade Deutschland hat eine grosse Verantwortung, Misslichkeiten und Meinungsverschiedenheiten nicht anzustacheln, sondern vermittelnd tätig zu sein. Ich hoffe, dass Berlin das noch einsieht.»

Den Vorwurf einer Nähe zum FPÖ-Chef und Rechtspopulisten Jörg Haider wies Stoiber als diffamierend zurück. Ihm gehe es bei seiner Kritik um Europa – «nicht um eine Person, mit der ich politisch nichts gemein habe und nichts gemein haben möchte». Stoiber hatte der ÖVP unmittelbar nach der Wahl in Österreich ein Bündnis mit Haider's FPÖ empfohlen.